

EU-rechtliche Rahmenbedingungen zur Betrauung der Allergie- und Hautklinik gGmbH mit der Durchführung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Norderney

Für Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft sind alle geldwerten Vorteile, insbesondere Defizitausgleiche, Bürgschaftsübernahmen usw., die sie von ihrem Träger erhalten, beihilferechtliche Vorgänge im Sinne des EU-Wettbewerbsrechtes. (bisher Art. 86 Abs. 2 EG-Vertrag). Dies gilt auch, wenn seitens der Kommune ein Krankenhaus gefördert wird, das sich nicht in öffentlicher, sondern – wie das hiesige Krankenhaus – in privater Trägerschaft befindet.

Diese Zahlungen sind nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig und unterliegen grundsätzlich der Notifizierungspflicht (alle Beihilfen sind vor der Gewährung der Kommission anzumelden, Art. 88 Abs. 3 EG-Vertrag) und dem Durchführungsverbot (vor einer abschließenden Entscheidung der Kommission darf eine Beihilfe nicht gewährt werden, Art 88 Abs. 3 EG-Vertrag).

Die EU-Kommission hat im November 2005 mit dem sogenannten Monti-Paket ein Maßnahmenpaket zum europäischen Beihilferecht veröffentlicht, das nach einem Übergangszeitraum Ende 2006 in Kraft getreten und als unmittelbar geltendes Recht zu beachten war. Es regelte die Anwendung von Art. 86 Abs. 2 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen, die bestimmten mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betrauten Unternehmen als Ausgleich gewährt wurden.

An die Stelle des Monti-Paketes ist der BESCHLUSS DER KOMMISSION vom 20. Dezember 2011 (Nr. 2012/21/EU, bekanntgegeben mit dem Aktenzeichen K (2011) 9380) über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV vom 30. März 2010 (ABl. C 83 vom 30.03.2010, S. 47)) auf staatliche Beihilfen, die bestimmten, mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) betrauten Unternehmen als Ausgleich gewährt werden – Freistellungsentscheidung – getreten.

In Verbindung mit der RICHTLINIE 2005/81/EG DER KOMMISSION vom 28. November 2005 zur Änderung der Richtlinie 80/723/EWG über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen (ABl. EU Nr. L 312/47 vom 29. November 2005) i. V. m. dem Transparenzrichtlinien-Gesetz vom 16. August 2001 (BGBl. I S. 2141), geändert durch das Gesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3364), sollen wie mit dem Monti-Paket staatliche und kommunale Ausgleichszahlungen an Unternehmen mit Gemeinwohlverpflichtungen erleichtert werden. Dazu werden in der Entscheidung der Kommission Voraussetzungen bestimmt, unter welchen Bedingungen staatliche Beihilfen, die bestimmten mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betrauten Unternehmen als Ausgleich gewährt werden, als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar angesehen werden und demzufolge von der in Art. 88 Abs. 3 EG-Vertrag verankerten Notifizierungspflicht freigestellt werden können. Die Entscheidung bezieht Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser ausdrücklich mit ein (Art. 2 Abs. 1 Buchstabe b der Entscheidung).

Die Bedingungen für eine Freistellung von der Notifizierungspflicht und dem Durchführungsverbot auf Basis des BESCHLUSSES DER KOMMISSION vom 20. Dezember 2011 sind im Wesentlichen:

- Die Ausgleichszahlung muss für Dienstleistungen im allgemeinem wirtschaftlichen Interesse im Sinne des Art. 86 Abs. 2 EG-Vertrag gewährt werden.
- Der öffentliche Auftrag des Unternehmens zur Durchführung von Dienstleistungen im allgemeinem wirtschaftlichem Interesse muss im Wege eines oder mehrerer öffentlicher Rechtsakte übertragen worden sein (Betrauungsakt) aus dem:
 - o Art und Dauer der Gemeinwohlverpflichtung;
 - o das beauftragte Unternehmen und der geografische Geltungsbereich;
 - o Art und Dauer der dem Unternehmen gewährten ausschließlichen oder besonderen Rechte;
 - o die Parameter für die Berechnung, Überwachung und etwaige Änderung der Ausgleichszahlungen und die Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensierung entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden, hervorgehen muss.
- Die Ausgleichszahlung darf nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und einer angemessenen Rendite abzudecken. Der Ausgleich muss ausschließlich zum Funktionieren der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse verwendet werden. Machen diese Dienstleistungen nur einen Teil der Tätigkeit des Unternehmens aus, müssen die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung der betreffenden Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und der Ausführung von anderweitigen Leistungen in den Büchern getrennt ausgewiesen werden.
- Es sind regelmäßig Kontrollen durchzuführen, um sicherzustellen, dass die Unternehmen keine unangemessen hohen Ausgleichszahlungen erhalten.
- Die Dauer der Betrauung ist auf höchstens 10 Jahre zu begrenzen, es sei denn, ein längerer Betrauungszeitraum ist aufgrund einer erforderlichen erheblichen Investition, z.B. im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, gerechtfertigt.
- Die Erfüllung der Voraussetzungen wird in Unterlagen festgehalten, die der EU-Kommission auf deren schriftliches Verlangen ausgehändigt werden können

Der als Anlage 2 beigefügte Betrauungsakt, der an den Betrauungsakt des Landkreises Aurich für die Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH angelehnt wurde, schafft entsprechend der Entscheidung der Europäischen Kommission die rechtliche Grundlage, um der Allergie- und Hautklinik gGmbH in 2015 EU-beihilferechtlich unbedenklich Ausgleichszuwendungen (wie z. B. Strukturausgleiche usw.) gewähren zu können.